



Die bayerische Bevölkerung in der Zeit Ludwigs III.

Die Lage der Bevölkerung vor dem Ersten Weltkrieg

Die gesellschaftliche Lage in Bayern war zu Beginn des neuen Jahrhunderts von wachsenden sozialen Spannungen geprägt. Die Bevölkerung der Städte wuchs stetig, der Wohnungsnot wurden erste soziale Wohnungsbauprojekte von Staat oder Stadt entgegengestellt. Auch die Schaffung von Krankenhäusern, Friedhöfen, öffentlichen Bädern und Schulen war Ausdruck der staatlichen Fürsorge.

Um der fehlenden sozialen Absicherung der (Heim-)Arbeiter zu begegnen, setzte sich Prinz Ludwig für Arbeiterschutzverträge ein, die in dem reichsweiten Hausarbeitergesetz von 1911 Niederschlag fanden, das den Heimarbeitern einige grundlegende Rechte einräumte.

Vor Beginn des Ersten Weltkriegs herrschte hohe Arbeitslosigkeit. Im Januar 1914 kam es daher zu Demonstrationen, bei denen die Verelendung der Arbeiterschaft angeprangert wurde. Eine staatliche Arbeitslosenhilfe existierte nicht – eine von der bayerischen Regierung ausgearbeitete Vorlage hatte die Kammer der Reichsräte abgelehnt. Die Gewerkschaften erhielten aus der Arbeiterschaft stetig Zulauf, linke, russlandfreundliche und sozialdemokratische Veranstaltungen, auf denen Redner die politischen Verhältnisse im Deutschen Reich, besonders die soziale Lage der Arbeiterschaft und der einfachen Soldaten, sowie das Wettrüsten der europäischen Mächte kritisierten, waren stark besucht. Unter anderem sprach die Politikerin und Führerin der Arbeiterbewegung Rosa Luxemburg (1871-1919) im März 1914 im Münchner Kindl-Keller. Im Umfeld der linken Bewegung waren neben den Arbeitern auch Akademiker, Künstler und Vertreter des Bürgertums zu finden.

Kriegsbegeisterung und Siegeszuversicht

Am 1. August 1914 trat auch das Deutsche Reich in den Ersten Weltkrieg ein. Im ganzen Reich löste dies in großen Teilen der Bevölkerung Begeisterung aus. Die auf dem Weg zum Fronteinsatz zu den Bahnhöfen marschierenden Soldatenkolonnen wurden von jubelnden Menschen auf den Straßen verabschiedet. Die Rekrutierungsstellen der Armee konnten eine große Zahl Freiwilliger registrieren. Allenthalben wurde ein schnelles und siegreiches Ende des Krieges erwartet.

Veränderung der Lebensbedingungen und Stimmungsumschwung

Der Kriegsverlauf verlangte schon bald nach einer Unterordnung aller Lebensbereiche unter die kriegswichtigen Bedürfnisse und Erfordernisse. Im Laufe des Krieges trat die verheerende Nahrungsmittelversorgung der Zivilbevölkerung immer stärker zu Tage. Auch in Bayern waren die Lebensmittel knapp. Dennoch musste das Königreich einen Teil seiner Nahrungsmittelproduktion in den Norden des Deutschen Reichs exportieren, unter anderem um die Arbeiter im Ruhrgebiet zu ernähren. Bereits wenige Wochen nach Kriegsbeginn war so die patriotische Kriegsbegeisterung in der bayerischen Bevölkerung weitgehend verfliegen.

Die [Knappheit der Lebensmittel](#) und der Mangel an Heizkohle brachten Wegbegleiter wie Preistreiberei, Hortung von Warenbeständen und das

Hamstern mit sich, was die Versorgungslage weiter verschärfte. In der Bevölkerung entstand so ein Spannungsverhältnis zwischen Nahrungsmittel produzierenden Bauern auf dem Land und den Stadtbewohnern, deren Bedarf an Naturalien immer weniger gedeckt werden konnte. Bier und Milch wurden mit Wasser gestreckt, Brot mit minderwertigem Mehl angereichert. Alle Lebensmittel unterlagen einer strengen Rationierung, nur mit den entsprechenden Marken bekam man das Lebensnotwendige. Es mangelte an Fleisch, Öl und Fett, aber auch an Kartoffeln. Eicheln, Bucheckern und Kastanien wurden als Nahrungsmittel verwendet, aus Obstkernen wurde Öl gewonnen. Im Winter 1916 bestand die Ernährung für die meisten Menschen nur mehr aus Steck- oder Speiserüben („Rübenwinter 1916/17“), so kamen unter anderem Bayerische Rüben mit Einbrenn, der „Boarische Ruam-Tauch“, auf den Tisch.

Land- und Stadtbevölkerung

Die Landbevölkerung hatte weniger unter dem Lebensmittelmangel zu leiden, auch wenn die Abgabequoten immer höher wurden und die Selbstversorgung zunehmend schwer fiel. Aber auch unter dem Militärdienst von Bauern, Bauernsöhnen und Knechten und unter der Requirierung von Pferden litt die Landbevölkerung. Auf den Höfen fehlten Arbeitskräfte und Zugtiere für die schwere Feld- und Stallarbeit. Aufgrund schlechten Wetters kam es zusätzlich zu Missernten. Nachdem neues Saatgut Mangelware war, verschlechterte sich die Situation weiter. Wie auf dem Land, so hatten auch die Menschen in den Städten unter der Einziehung der wehrfähigen Männer zu leiden. In der Arbeiterschaft wurde diese Lücke mit Gastarbeitern und Kriegsgefangenen, vor allem aber mit Frauen ausgeglichen. Sie wurden zur maßgeblichen Stütze der industriellen Produktion. Die Städte erschienen nahezu ausgestorben, da die Männer im Feld standen, die Frauen in den Fabriken waren. Insgesamt stieg die Zahl der Industriearbeiter bzw. -arbeiterinnen durch die kriegsbedingte Steigerung der Rüstungsproduktion an. Sie profitierten vom Rüstungsaufschwung und von den dadurch bedingten Lohnsteigerungen, die die wachsenden Lebensmittelpreise größtenteils auffangen konnten. Dies traf jedoch nicht auf Arbeiter in anderen Industriezweigen, auf ungelernete Arbeiter oder auf Arbeiterfamilien, deren Männer im Fronteinsatz waren, zu. Diese hatten im Vergleich zu den Rüstungsbeschäftigten deutlich weniger Geld zur Verfügung. Der Lebensstandard sank auch in der mittelständischen Bevölkerungsschicht. Händler, Gewerbetreibende, Rentner, Pensionisten, Freiberufler und Angestellte profitierten nicht vom Rüstungsboom und hatten mit der Geldentwertung, bzw. mit der schlechten Auftragslage und fehlenden Rohstoffen zu kämpfen. Im Gegensatz zu den Arbeitern, die in den Gewerkschaften eine Stütze hatten, fehlte ihnen eine Interessenvertretung. Viele Gewerbetreibenden standen vor dem Ende ihrer geschäftlichen Existenz. Das Großbürgertum und teilweise auch der Adel konnten hingegen oftmals durch Vermögens- und Sachwerte oder durch hohe Einkommen die steigenden Lebenshaltungskosten schultern. Profiteure des Kriegs waren in allen Schichten, besonders aber unter den Industriellen zu finden. Diese „Kriegsgewinnler“ erwarben auf verschiedenste Weise in kurzer Zeit hohe Gewinne, die sie oft auch in Sachwerten, Grundbesitz oder Immobilien langfristig anzulegen

vermochten.

Staatliche Maßnahmen zur Linderung der Not der Bevölkerung

Von Seiten der Behörden kam in den ersten Kriegsmonaten keine Hilfe zur Verbesserung der Notlage der Bevölkerung. Die staatlichen Stellen hatten nicht mit einer derart unzureichenden Lebensmittelversorgung gerechnet. Auch der Ernährungsbeirat im Innenministerium, der ab Mitte 1916 tagte, konnte die Lage nicht entscheidend entspannen.

Der Konflikt zwischen Land und Stadt reichte bis in den Landtag hinein und war Ende 1916 Ursache für die Rücktritte des Kriegs- und des Innenministers, die als Wortführer beider Lager hervorgetreten waren. Weder eine liberale noch eine durch staatliche Zwangsmaßnahmen geregelte Ernährungspolitik der Regierung konnte beide Lager, Bauern und Stadtbevölkerung, gleichermaßen zufriedenstellen. Der so beschrittene Mittelweg verstärkte die Zunahme der Unzufriedenheit in der bayerischen Bevölkerung und ließ die Behörden inkompetent erscheinen.

Wachsende Unzufriedenheit und Kriegsmüdigkeit

Die Unzufriedenheit in der Bevölkerung richtete sich anfangs noch vornehmlich gegen die „Preußen“ im Allgemeinen, bald jedoch bekamen sie die Regierung und auch König Ludwig III. selbst zu spüren. Mangelnde Durchsetzungskraft gegenüber Berlin und die Vernachlässigung bayerischer Interessen lauteten die Vorwürfe, die man bald hören konnte. Die Bevölkerung litt unter Nahrungsmittel-, Heizkohle- und Wohnungsknappheit, der enormen Arbeitsbelastung in den Fabriken und auf dem Land bei der Feldarbeit, der Geldentwertung, den sozialen Spannungen infolge der ungleichmäßigen Verteilung der Kriegslasten und vor allem auch unter den seelischen Belastungen, die der Fronteinsatz der Familienangehörigen und Freunde bedeutete. Die in dichter Folge ständig eintreffenden Gefallenenmeldungen taten ein Übriges. Die staatlichen Durchhalteparolen verpufften zusehends, Kriegsmüdigkeit breitete sich aus, zumal gegen Kriegsende, als auch von Seiten der politischen Klasse Bayerns die Kritik am Vorgehen Preußens und des Reichs im militärischen, wie auch zivilen Bereich immer lauter und die Erwartung eines Siegfriedens als unrealistisch eingeschätzt wurde.

Der „Preußenhass“

Aus einer latent antipreußischen Stimmung entwickelte sich im Lauf der Zeit ein regelrechter „Preußenhass“ in der bayerischen Bevölkerung. Geschürt wurde er durch mehrere Faktoren: Erstens waren es norddeutsche Urlauber, die offenbar vermögend und von den Lebensmittelkarten unabhängig waren, sich in Kriegszeiten sogar Zeit für Entspannung und Erholung nahmen und so antipreußische Ressentiments verfestigten. Zweitens war es der Exportzwang bayerischer Nahrungsmittel in den Norden des Deutschen Reichs, der die angespannte Lebensmittelversorgung weiter verschärfte. Drittens schürte den „Preußenhass“ auch der Ärger über die neu gegründeten Kriegsgesellschaften auf Reichsebene, in denen die bayerische Wirtschaft nur wenig vertreten war. Und viertens, hatten die in norddeutschen Industriellenkreisen stärker als im Süden geforderte Annexions- und Siegfriedenslösung letztlich keine Aussicht auf Erfolg. Die Unterscheidung zwischen Preußen und Reich wurde nivelliert und so der [„Kriegsgewinnler“](#)

aus Norddeutschland mit annexionistischer Haltung zum Hassobjekt schlechthin. Die Schuld am Krieg sahen viele allein im übersteigerten, aggressiven preußischen Militarismus, durch den Bayern in den Weltkrieg gezogen worden sei.

Streiks 1918 und die Sehnsucht nach Frieden

Im Januar und Februar 1918 kam es im Zuge der allgemeinen Unzufriedenheit und der brisanten Versorgungssituation vor allem der städtischen Arbeiterschaft erstmals zu größeren Streiks. Besonders in den Städten, unter anderem in Nürnberg, Fürth, Schweinfurt, Ludwigshafen (BASF) und München (Krupp), waren die Arbeitsniederlegungen gleichermaßen Ausdruck der Unzufriedenheit und des Protests sowie des Wunsches nach einem Ende des Kriegs. Unterstützt wurden die Streikenden von der USPD um [Kurt Eisner](#) (1867-1919). Eisner und andere Streikführer wurden im Februar 1918 verhaftet.
